



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),

**Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Carolina Trautner, Steffen Vogel
CSU**

Drs. 18/23844, 18/25112

Studienplatzkapazitäten für Humanmedizin erhöhen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel auf Bundesebene weiterhin für ein Förderprogramm zur Einrichtung weiterer Medizin-studienplätze einzusetzen und dabei insbesondere darauf hinzuwirken, dass seitens des Bundesministeriums für Gesundheit die Beratungen zur Novellierung der Approba-tionsordnung für Ärzte zeitnah wiederaufgenommen werden, sodass die von Gesund-heitsministerkonferenz und Kultusministerkonferenz in Umsetzung des Masterplans Medizinstudium 2020 eingesetzte Arbeitsgruppe, die sich mit der Frage der notwendi-gen Studienplatzkapazitäten beschäftigen sollte, ihre Arbeit ebenfalls wieder aufneh-men kann.

In Anbetracht der Bedeutung der Patientenversorgung gerade in ländlichen Regionen durch Hausärztinnen und Hausärzte wird die Staatsregierung aufgefordert, im zustän-digen Ausschuss über die Maßnahmen zur Verbesserung der hausärztlichen Versor-gung zu berichten und hierbei insbesondere auf die Bayerische Landarztquote und Pro-jekte wie „Beste Landpartie Allgemeinmedizin“ sowie Möglichkeiten einer weiteren In-tensivierung der Bemühungen einzugehen. Um auch dem sich bereits gegenwärtig ab-zeichnenden Personalmangel im Facharztbereich etwa bei Rheumatologen oder Kin-der- und Jugendpsychiatern wirksam begegnen zu können, wird die Staatsregierung gebeten, den Bericht ebenfalls auf die Maßnahmen hinsichtlich der Facharztversorgung zu erstrecken.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident